

## **A N T R A G**

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Für ein friedliches Zusammenleben - Gefahren des Islamismus nicht nur mit Repression, sondern auch mit Prävention begegnen

Der Landtag wolle beschließen:

Das muslimische Leben in Deutschland ist gekennzeichnet durch eine große Heterogenität. Es gibt nicht „die Muslima“ oder „den Muslim“. Die überwiegende Mehrheit der Muslime in Deutschland ist ein fester Bestandteil unserer freien und offenen Gesellschaft. Muslime und der Islam gehören heute zu unserer Lebenswelt – auch im Saarland. Die überwiegende Mehrheit der Muslime ist unser Partner im Kampf gegen Hass und Intoleranz. Der am 19. September durchgeführte Aktionstag der deutschen Islamverbände setzte ein wichtiges Zeichen für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Deutschland.

Dennoch vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Zahlen über die Ein- und Ausreise gewaltbereiter Islamisten aus Deutschland nach Syrien und den Irak in die Welt gesetzt werden. Zugleich nehmen die Warnungen vor der steigenden Gefahr von Terroranschlägen zu, ohne dass in jedem Fall konkrete Anhaltspunkte genannt werden können. Auch der Direktor des saarländischen Verfassungsschutzes spricht in der Saarbrücker Zeitung davon, dass islamistische Anschläge in Deutschland „wahrscheinlich“ seien, gibt aber gleichzeitig für das Saarland Entwarnung.

Richtig ist aber auch, dass der Salafismus die derzeit bundesweit am schnellsten wachsende verfassungsfeindliche, islamistische Strömung ist. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder gehen von etwa 6.000 Anhängerinnen und Anhängern des gewaltbereiten Salafismus in Deutschland aus, davon ca. 90 im Saarland. Als Zivilgesellschaft, einschließlich der hier lebenden Musliminnen und Muslimen, müssen wir deutlich machen, dass der Salafismus als extremistische Ideologie unseren demokratischen Werten entgegensteht und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden muss.

Die konsequente Anwendung der Gesetze gegen gewaltbereite Islamisten in Deutschland ist zu begrüßen. Das schnelle Verbot der islamistisch dschihadistisch-salafistischen Terrororganisation IS („Islamischer Staat“) war richtig und zeigt, dass unsere strengen rechtsstaatlichen Anforderungen ausreichen, aktuellen Bedrohungen entgegenzutreten.

Ein zentraler Handlungsansatz bei der Terrorismusbekämpfung und im Umgang mit einer religiös motivierten Radikalisierung muss auch die Prävention sein. Sowohl der UN-Sicherheitsrat als auch die Europäische Kommission fordern ihre Mitgliedstaaten auf, stärker präventiv tätig zu werden. Die am 15. August 2014 vom UN-Sicherheitsrat angenommene Resolution fordert, nicht nur repressive Maßnahmen, sondern auch präventive Maßnahmen einzusetzen, um zu verhindern, dass sich Personen auf ihrem Staatsgebiet den IS-Kämpfern anschließen oder diese unterstützen. Die EU-Kommission empfiehlt, sich bei der Verhütung von gewaltbereitem Extremismus mehr auf die Förderung zivil-gesellschaftlicher Instrumente zu konzentrieren (KOM (2013) 941).

**Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf:**

1. gemeinsam mit Organisationen und Religionsgemeinschaften, die unsere demokratischen Werte anerkennen, Integrationsmaßnahmen auf den Weg zu bringen;
2. auf die Einführung von Islamunterricht in deutscher Sprache durch staatlich ausgebildete Lehrkräfte hinzuwirken;
3. eine Präventions- und Deradikalisierungsstrategie zu erarbeiten;
4. zusammen mit dem Bund ein Aussteigerprogramm für radikale Islamisten aufzulegen;
  - mit allen rechtsstaatlichen Mitteln darauf hinzuwirken, dass die Religion muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger weder missbraucht wird noch von Seiten radikaler islamischer Organisationen eine Bedrohung ausgeht.

**B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.